



An den  
Ministerpräsidenten des Landes NRW  
Armin Laschet

Staatskanzlei des Landes NRW  
Horionplatz 1  
40190 Düsseldorf

Berlin, den 30. Mai 2019

## Moratorium zum Erhalt der bedrohten Dörfer und Schutz des Hambacher Waldes

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Laschet,

wir wenden uns mit der dringenden Bitte an Sie, umgehend ein Moratorium zu erlassen, das die weitere Zerstörung der von Tagebauen bedrohten Dörfer und des Hambacher Waldes verhindert, bis die politischen Entscheidungen zum Kohleausstieg getroffen und umgesetzt sind. Denn aktuell schafft RWE in den Dörfern an den Tagebauen Garzweiler und Hambach weiter Fakten und treibt die Umsiedlungen voran. Es liegt an Ihnen, die Anwohner\*innen vor weiteren sozialen Härten zu schützen. Wir erwarten, dass alle Orte in einem lebenswerten Zustand erhalten bleiben. Deshalb muss die Landesregierung grundsätzlich eine Bestandsgarantie für die Dörfer aussprechen. Dazu gehört, dass alle Betroffenen, die bleiben wollen, die Möglichkeit erhalten zu bleiben und allen, die umsiedeln wollen, dies ohne Nachteile ermöglicht wird.

Die Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung hat mit der Empfehlung, 3,1 GW Braunkohle bis 2022 abzuschalten, die Weichen dafür gestellt, dass sowohl der Hambacher

Wald als auch die bedrohten Dörfer am Tagebau Garzweiler erhalten bleiben können. Dessen ungeachtet hat der RWE-Vorstandsvorsitzende Rolf Martin Schmitz auf der Hauptversammlung im Mai 2019 bekräftigt, dass die Umsiedlungen in den Dörfern am Tagebau Garzweiler „vollständig abgeschlossen werden“ und er den Erhalt des Hambacher Waldes lediglich „prüfen“ möchte.

Gleichzeitig treibt RWE die Umsiedlungsvorbereitungen in den Dörfern mit Hochdruck voran, indem der Konzern Infrastruktur zerstört, zahlreiche Pumpsanlagen für den geplanten Tagebaubetrieb baut und Druck auf Dorfbewohner\*innen ausübt, möglichst bald umzusiedeln. Am Tagebau Hambach gräbt sich RWE trotz des vereinbarten Rodungsstopps mit seinen Baggern immer näher an den Hambacher Wald heran und setzt die Zerstörung von Manheim unbeirrt fort, obwohl der Ort beim Erhalt des Hambacher Waldes erhalten bleiben würde. Die Entweihung der Kirche St. Albanus und Leonhardus in Manheim am Tagebau Hambach am 18. Mai 2019 steht exemplarisch für die Zerstörung der Dorfgemeinschaft. RWE heizt mit seinen Provokationen den schwelenden Konflikt um die Kohle weiter an.

Wir bitten Sie daher, ein sofortiges Moratorium zu erwirken, damit RWE in den bedrohten Dörfern am Tagebau Garzweiler keine weiteren Zerstörungen anrichtet und Umsiedlungsverhandlungen auf Wunsch der betroffenen Menschen ausgesetzt werden. Dabei dürfen weder diejenigen, die in ihren Dörfern bleiben wollen, noch diejenigen, die sich für eine Umsiedlung entschlossen haben aufgrund ihrer Entscheidung schlechter gestellt werden. Zugleich muss RWE im weiteren Tagebaubetrieb alle Arbeiten unterlassen, die den Hambacher Wald gefährden können und entsprechende Mindestabstände wahren.

Dieses Moratorium muss so lange bestehen bleiben, bis die Vereinbarungen zur Abschaltung der Braunkohlekraftwerke im Rheinland gesetzlich fixiert sind und eine neue Leitentscheidung der Landesregierung vorliegt. Wir erwarten von Ihnen, dass mit der neuen Leitentscheidung die Tagebaugrenzen so verkleinert werden, dass sie den Erhalt des Hambacher Waldes und der Dörfer an den Tagebauen Garzweiler und Hambach sicherstellt.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, seit Monaten protestieren hunderttausende junge Menschen für mehr Klimaschutz und ein schnelles Ende der klimaschädlichen Kohle. Wie auch schon bei den breiten Protesten um den Erhalt des Hambacher Waldes zeigt sich dabei, dass immer weniger Bürgerinnen und Bürger ein Zögern beim Klimaschutz und sinnlose Zerstörung für die Kohle akzeptieren. Was es jetzt braucht, ist entschlossenes Handeln, eine schnelle Umsetzung des Kohleausstiegs und ein Ende der Zerstörung von Dörfern und Wäldern für die Kohle.

Die unterzeichnenden Organisationen und Initiativen bitten Sie daher, mit einem Moratorium RWE Einhalt zu gebieten, den Bestand der Dörfer zu garantieren und damit ein wichtiges Zeichen zu setzen, den gesellschaftlichen Konflikt um die Kohle zu befrieden.

*Dieser Brief geht in Kopie an Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz und Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen.*

Mit freundlichen Grüßen

David Dresen  
Mitglied

Alle Dörfer bleiben (ADb)

Dr. Christiane Averbeck  
Geschäftsführerin

Klima-Allianz  
Deutschland

Antje Grothus  
Ehemaliges Mitglied der  
Kohlekommission

Kai Niebert  
Präsident

Deutscher Naturschutzring  
(DNR)

Hubert Weigert  
Vorsitzender  
BUND

Martin Kaiser  
Geschäftsführer  
Greenpeace

Reiner Priggen  
Vorsitzender  
Landesverband  
Erneuerbare Energien  
NRW

Andreas Büttgen  
Vorstand  
Bürgerinitiative  
Buier für Buir

Christoph Bautz  
Geschäftsführer  
Campact

Christoph Bals  
politischer Geschäftsführer  
Germanwatch

Hermann Ott  
Leiter des Deutschlandbüros  
ClientEarth

Reinhard Koppenleitner  
Vorstandsmitglied  
Deutsche Allianz  
Klimawandel und  
Gesundheit

Rene Schuster  
Bundesvorsitzender  
Grüne Liga

Irene Mörsch  
Vorsitzende  
Katholikenrat Düren

Peter Immekus  
1. Vorsitzender  
Netzwerk  
Bergbaugeschädigter

Heffa Schücking  
Geschäftsführerin  
Urgewald

Udo Schlüter  
Vorstandsvorsitzender

Arbeitsgemeinschaft der  
Eine-Welt  
Landesnetzwerke in  
Deutschland (agl)

Daniel Lewandowski  
Landesjugendsprecher

Naturschutzjugend NRW

Luisa Menzemer  
Geschäftsführender  
Vorstand  
BUNDJugend NRW

Reinhold Giesen  
Vorstandsvorsitzender

Dorfinteressengemeinschaft  
Wanlo

Andreas Cichy  
Vorstandsvorsitzender  
Aktionsgemeinschaft  
"Das gelbe Band"

Klaus Kubernus-  
Perscheid  
Sprecher  
Klimabündnis  
Niederrhein

Antje Pistel  
Mitglied  
Wir in Holzweiler

Karl Heinz Ochs  
1. Vorsitzender  
Initiative  
Bergbaugeschädigter  
50189



Birgit Braun  
Geschäftsführendes  
Vorstandsmitglied  
Aktionsgemeinschaft  
Artenschutz (AGA) e.V.



Peter Weissenfeld  
Mitglied

Attac Köln



Dr. Maximilian Gege  
Vorsitzender

Bundesdeutscher  
Arbeitskreis für  
Umweltbewusstes  
Management e.V.  
(BAUM)



Malte Zieher  
Vorstand

Bündnis Bürgerenergie  
e.V. (BBEn)



Joschka Hench  
Bundesvorsitzender  
Deutsche Pfadfinderschaft  
St. Georg



Philipp Mimkes  
Geschäftsführer  
FIAN Deutschland



Reiner Lövenich  
1. Vorsitzender  
Verein zur Förderung  
kirchlicher  
Umweltberatung (FKU)



Uwe Nestle  
Geschäftsführer  
Forum Ökologisch-Soziale  
Marktwirtschaft



Martin Glöckner  
Geschäftsführer  
Green City



Andreas Schuflitz  
Mitglied  
Klimatisch Erkelenz e.V.



Markus Dufner  
Geschäftsführer  
Dachverband  
Kritische Aktionäre



Tanju Doganay  
Vorstandsvorsitzender  
NourEnergy e.V.



Katherina Habersbrunner  
Vorstand

Women in Europe for a  
common Future (WECF)



Gülcan Nitsch  
Geschäftsführende  
Gesellschafterin  
Yesil Cember